



Antrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Mütze, Thomas Gehring, Ulrike Gothe, Katharina Schulze, Gisela Sengl, Claudia Stamm, Markus Ganserer, Dr. Christian Magerl, Rosi Steinberger, Martin Stümpfig** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Verantwortungsvolle Kapitalanlage des Bayerischen Pensionsfonds

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Anlage des Kapitals des Sondervermögens Bayerischer Pensionsfonds an ökologische Kriterien zu knüpfen.

Dazu sind die Anlagerichtlinien um entsprechende Kriterien zu ergänzen. Insbesondere Aktien von Unternehmen, die Umsatz mit dem Abbau und der Verstromung von Kohle und dem Betrieb und dem Bau von Atomkraftwerken machen, sind aus dem Portfolio zu entfernen. Die gewählten Anlagen sind in den jährlichen Geschäftsbericht des Bayerischen Pensionsfonds aufzunehmen.

Begründung:

Derzeit werden im Bayerischen Pensionsfonds mehr als 2 Milliarden Euro Vermögen verwaltet. Die Aktienquote im bayerischen Pensionsfonds beträgt inzwischen 30 Prozent. Angesichts der niedrigen Erträge bei festverzinslichen Anlagen ist das grundsätzlich angebracht. Bei der Auswahl der Aktien wird aber sehr pauschal in Indizes, wie den DAX, MDAX, Eurostoxx50 und in ETF auf den MSCI World investiert, es ist kein Kriterium, welche Aktien jeweils in den Indizes enthalten sind.

Das ist zwar einfach in der Verwaltung, kann aber nicht staatliches Ziel sein. Die öffentliche Hand sollte nicht mehr von Renditen profitieren, die die Klimawärmung befördern. Zur Energiewende und einem konsequenten Atomausstieg gehört auch der Verzicht auf Geldanlagen bei Betreibern und Herstellern von Atomkraftwerken.

Neben Klimaschutz wäre eine qualitative Vorgabe zur Anlage des Kapitals auch unter wirtschaftlichen Aspekten sinnvoll. Auf Grund der aktuellen Klimadebatte überdenken viele Anleger derzeit ihre Strategie. Die Zahl der Investoren, die sich verpflichtet haben, ihre Gelder aus Firmen abzuziehen, die fossile Brennstoffe fördern oder vertreiben, hat jüngst stark zugenommen.

Die Allianz SE will ihre Anleihen im Kohlebereich auslaufen lassen und nicht verlängern. Zudem möchte sie in den kommenden sechs Monaten ihre Aktien von solchen Firmen verkaufen, die mehr als 30 Prozent ihres Umsatzes mit Kohleabbau machen oder Strom produzieren, der zu mehr als 30 Prozent mit Kohleverbrennung gewonnen werde. Insgesamt ist laut Allianz ein Finanzvolumen von 4 Milliarden Euro, der größte Teil davon Anleihen, betroffen.

Das wird sich nicht positiv auf die Aktienkurse dieser Firmen und damit auf den Ertrag des Pensionsfonds auswirken. Ein Ausstieg aus solchen Aktien wäre daher sinnvoll.